STADT BIELEFELD **47. Sitzung**
- Jugendhilfeausschuss - **(2020-2025)**

Niederschrift
über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am 30.04.2025

Tagungsort: Nowgorod-Raum, EG, Altes Rathaus

Beginn: 16:02 Uhr
Ende: 18:49 Uhr

Anwesend:

CDU
Herr Kuhlmann
Herr Langeworth

SPD
Frau Weißenfeld Vorsitz
Frau Wend

Bündnis 90/Die Grünen
Frau Hennke
Frau Mengede

FDP
Herr Kohlhase

Die Linke
Herr Goertz

Vertreterinnen/Vertreter der Träger der freien Jugendhilfe

Frau Bartheidel	Mädchentreff Bielefeld e. V.
Herr Müller	Sportjugend Bielefeld
Frau Wollenberg	SJD – Die Falken
Herr Rotter	Der Paritätische
Frau Luck	Diakonie für Bielefeld
Frau Hopster	AWO Kreisverband

Beratende Mitglieder

Frau Adnine	Kinder- und Jugendrat
Frau Krenzel	Fachbeirat für Mädchenarbeit
Herr Runge	Bezirksschülervertretung
Herr Wierz	Jugendamtselternbeirat
Herr Wilke	AG nach § 78 SGB VIII
Frau Dr. Ait Allali	Integrationsrat
Frau Häckel	Bielefelder Jugendring e.V.
Frau Hoffmann	Evangelische Kirche

Verwaltung

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger	Dezernat 5
Frau Bülter	Amt für Jugend und Familie - Jugendamt -
Herr Hanke	Amt für Jugend und Familie - Jugendamt –

Herr Leesemann	Stab Dezernat 5
Frau Büscher	Amt für Jugend und Familie - Jugendamt - Schriftführung

Gäste:

Frau Jung	Kitaleitung Träger „Stepke“
Frau Thomas	Kitaleitung Träger „Stepke“
Herr Vahle	Leiter des Amtes für Personal
Frau Brune	Mädchenhaus Bielefeld e.V.

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Frau Weißenfeld eröffnet die 47. Sitzung des Jugendhilfeausschusses und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 46. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 12.03.2025

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 46. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 12.03.2025 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 Mitteilungen

-.-.-

Zu Punkt 2.1 Einladung Bildungsfrühling

Frau Jakubi und Herr Runge stellen dem Ausschuss den Bildungsfrühling 2025 vor, der im Mai in Bielefeld stattfindet. Die Aktionswoche umfasst einen Bildungsprotest am 13. Mai, einen Bildungsmontag mit Workshops und eine Podiumsdiskussion am 19. Mai sowie die 18. Bezirksdelegiertenkonferenz am 23. Mai. Sie laden alle Mitglieder herzlich ein, an diesen wichtigen Veranstaltungen teilzunehmen und sich aktiv zu beteiligen. Die Einladung liegt den Mitgliedern als Tischvorlage vor.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

-.-.-

Zu Punkt 3.1 IT-Ausstattung der städtischen Kindertageseinrichtungen - Anfrage der CDU Fraktion vom 17.04.2025

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 10022/2020-2025

Der Jugendhilfeausschuss nimmt Kenntnis von der Anfrage und der Antwort der Verwaltung.

-.-.-

Zu Punkt 3.2 **Kontrollen der Einhaltung des Konsumverbots gemäß § 5 Abs. 2 Konsumcannabisgesetz - KCanG - Anfrage der CDU Fraktion vom 17.04.2025**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 10023/2020-2025

Der Jugendhilfeausschuss nimmt Kenntnis von der Anfrage und der Antwort der Verwaltung.

-.-.-

Zu Punkt 4 **Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 5 **Vorstellung des Kita-Trägers Step Kids KiTas gGmbH (Stepke)**

Frau Thomas und Frau Jung stellen den Träger „Stepke“ anhand einer Präsentation vor. Diese Präsentation ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift. Das Gremium bedankt sich für den Vortrag.

Frau Wend fragt nach den kommunalen Kooperationspartnern in Bielefeld, dem Konzept für den Übergang von Vorschulkindern in die Grundschule und der aktuellen Fachkräftesituation in diesem Bereich.
Die Vorschularbeit beginnt nicht erst ab dem 5. Lebensjahr, sondern begleitet die Kinder von Beginn an durch die gesamte Kitazeit. Durch regelmäßige Beobachtungen, Entwicklungsgespräche mit Eltern und gezielte Ausflüge wie zur Feuerwehr, Bibliothek oder Verkehrserziehung werden sie frühzeitig auf die Schule vorbereitet.
Zur Fachkräftesituation wird berichtet, dass sie insgesamt stabil sei, jedoch sei es herausfordernd, ausreichend qualifiziertes Personal für besondere Bereiche wie z.B. Inklusion zu finden.

Vorsitzende Frau Weißenfeld fragt nach aktuellen Schwimmangeboten für Kinder sowie nach der Schlafsituation in der Einrichtung.
Der Träger erklärt, dass Schwimmangebote derzeit nur eingeschränkt möglich seien, da Schwimmbäder saniert werden und Grundschulen Vorrang haben. Die Schlaf- bzw. Ruhephasen werden bedürfnisorientiert und individuell gestaltet; viele Kinder ab drei Jahren nutzen eine Ruhezeit im Gruppenraum.

Herr Görtz fragt nach der tariflichen Bezahlung und der betrieblichen Mitbestimmung.
Der Träger antwortet, dass die Bezahlung tariforientiert, aber nicht an den TVöD angelehnt ist; außerdem gebe es Sonderzahlungen. Mitbestimmung erfolge u. a. durch anonyme Mitarbeiterevaluationen. Es gäbe eine eigene Personal- und Rechtsabteilung.
Das Team sei ein multiprofessionelles Team bestehend aus Heilpäda-

gog*innen, Kinderkrankenschwestern, Kinderpfleger*innen und Quereinsteiger*innen. Besonders im Bereich Inklusion bestehen vielfältige Ressourcen und weiteres Entwicklungspotenzial, z. B. durch den gezielten Einsatz von Kinderkrankenschwestern.
Im Team werden verschiedene Sprachen gesprochen, wobei die deutsche Sprache im Alltag und bei Elterngesprächen im Vordergrund stünde. Bei Bedarf erfolgt sprachliche Unterstützung. Mitarbeitende werden regelmäßig über Umfragen aktiv eingebunden.

-.-.-

Zu Punkt 6 **Bericht über sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen der beiden spezialisierten Fachberatungsstellen zu sexualisierter Gewalt in Bielefeld / inklusive Ausbaustellen Sexualisierte Gewalt**

Frau Krenzel und Frau Brune erläutern den Tagesordnungspunkt anhand der Präsentation, die als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift ist.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Fallzahlen im Kinderschutzbereich aktuell steigen und die Fälle zunehmend komplexer bzw. schwerwiegender erscheinen. Dies sei vermutlich sowohl auf eine tatsächliche Zunahme schwerer Fälle als auch auf eine gestiegene Sensibilität und bessere Beobachtung zurückzuführen.
Es wird berichtet, dass Mitarbeitende regelmäßig an Schulungen und Fortbildungen teilnehmen, u. a. in den Bereichen Traumapädagogik, Traumatherapie und psychosoziale Prozess-begleitung. Schutzkonzepte sind fest implementiert. Zudem gibt es Einzelsupervisionen, enge Kooperationen mit der Polizei und fachliche Unterstützung durch externe Traumafachberatungen. Hervorgehoben wird die Bedeutung eines gut eingespielten Teams, das durch Vertrauen, fachliche Abstimmung und Kongruenz stabil im Umgang mit belastenden Fällen agieren kann.

Die Arbeit im Bereich Kinderschutz teilt sich in Prävention und Intervention. Eine der größten Herausforderungen besteht darin, mit belastenden Situationen umzugehen, besonders bei der Arbeit am System (z. B. mit Familien, Schulen oder anderen Institutionen). Es gibt jedoch auch viele positive Erfolge, die sichtbar werden, wenn Kinder unterstützt und geschützt werden.

Besonders im Bereich der sexualisierten Gewalt unter Gleichaltrigen ist ein Anstieg zu beobachten. Insbesondere im Alter von 12 bis 14 Jahren konsumieren Jungen zunehmend pornografische Inhalte, während Mädchen im gleichen Alter verstärkt mit diesen Themen konfrontiert werden. Dies stellt eine erhebliche Herausforderung sowohl in der Prävention als auch in der Intervention dar, da der frühe und unreflektierte Konsum solcher Inhalte weitreichende Auswirkungen auf die Entwicklung und das Verhalten der Jugendlichen haben kann.

Das Gremium bedankt sich für den Vortrag.

-.-.-

Zu Punkt 7 Aktionsplan Inklusion 2024

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 10000/2020-2025

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 8 "Jugendamt krisenfest machen" - Anträge im Rat der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 10002/2020-2025

Der Leiter des Personalamtes Herr Vahle wurde eingeladen, um die aktuelle Personalsituation zu erläutern. Er berichtet über die jüngsten Entwicklungen und Herausforderungen im Personalbereich. Herr Vahle erklärt, dass man auf einem guten Weg sei. Es seien bereits zahlreiche Initiativen zur Personalgewinnung und -entwicklung erfolgreich umgesetzt, die positive Ergebnisse zeigen. Es wurden Maßnahmen zur Personalgewinnung durch Social Media und Alltagsberichte von Mitarbeitenden gestartet.
Eine Kooperation mit der Diakonie sei abgeschlossen worden, um Studienplätze ab dem 01.10.2025 anzubieten. Es gibt Austauschprogramme für Bielefelder Mitarbeiter und Jugendamtsstudierende. Die Zahl der Praktikantenstellen sei von fünf auf acht erhöht worden im Bereich erzieherische Hilfen und es gebe acht weitere Praktikumsplätze im stationären Bereich. Es bestünde eine Kooperation mit der FH Münster und dem ASD zur Weiterbildung von Fachkräften. Neue Einarbeitungskonzepte wurden entwickelt, und Neueinstellungen wurden verstärkt. Es erfolgt eine regelmäßige Berichtserstattung zur Personalentwicklung und Fluktuation.
Es seien technische Verbesserungen im Datenaustausch umgesetzt worden, und die Überprüfung der Personalbemessung, insbesondere nach den Corona-Zeiten 2020, ist in vollem Gange. Ein neues Einarbeitungskonzept wurde eingeführt, um die Integration neuer Mitarbeitender zu optimieren.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger betont, dass die neue Amtsleitung und die neue Geschäftsbereichsleitung eine deutliche Verbesserung in den Städtischen Einrichtungen der Erziehungshilfe erreicht haben und schon seit längerem keine Einrichtungen geschlossen werden müssen. Langfristig sollen Themen wie Familienprävention und die Verstärkung von Erziehungskompetenzen weiter gestärkt werden. Trotz der positiven Entwicklungen gebe es noch viel zu tun. Erster Beigeordneter Herr Nürnberger bedankt sich für die Solidarität und Unterstützung bei den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses.

Auf Nachfrage zur Fluktuation neuer Kolleg*innen wird erklärt, dass die Abgänge verschiedene Ursachen haben, wie Schwangerschaft, Umzug

oder berufliche Veränderungen, und nicht nur neue Mitarbeitende betreffe.
Für Erziehungswissenschaftler*innen wurde ein Trainee-Programm eingeführt, das den praxisnahen Berufseinstieg unterstützt und positive Rückmeldungen von Teilnehmenden und Einrichtungen erhalten hat. Das Trainee-Programm für Erziehungswissenschaftler*innen und die Praktika im Anerkennungsjahr sowie die Pflichtpraktika der Universität Bielefeld tragen zur Fachkräftegewinnung im Jugendamt bei. Trotz der positiven Rückmeldungen sinkt jedoch die Bereitschaft im Team, die Praktikanten aufgrund der hohen Arbeitsbelastung angemessen zu begleiten. Dies stellt eine zunehmende Herausforderung dar. Werkstudierende können an der ein oder anderen Stelle ein wenig unterstützen.

Das Konzept für die Kinder- und Jugendschutzstelle soll ein neues System etablieren, welches den akuten Druck auf die Fachkräfte in aktuelle Situationen ein wenig reduzieren könnte. Durch die Schaffung eines Trägerverbunds und die Neukonzeption der Inobhutnahme soll eine inklusive, effiziente Betreuung geschaffen werden. Ziel ist es, die Qualität der Hilfen zur Erziehung zu sichern und gleichzeitig innovative Lösungsansätze für die Fachkräftegewinnung und -bindung zu entwickeln. Auch der Bereich Inklusion muss unabdingbar mitbedacht werden.

Herr Kuhlmann spricht sich dafür aus, dass die Belastungssituation im Kinder- und Jugendschutz jederzeit ernst genommen werden muss, unabhängig von Fraktionsgrenzen. Er betont die Notwendigkeit, Personal als Generalisten im Fachbereich besonders sichtbar zu machen und hebt die Bedeutung der Kooperation mit Hochschulen, Praktikanten und Trainees hervor. Zudem fordert er einen jährlichen Bericht zur Entwicklung der Belastungssituation und stellt die Frage: „Tun wir wirklich alles, was wir können?“ Abschließend bedankt er sich für die Fortschritte und das Engagement, betont jedoch, dass noch mehr getan werden muss.

-.-.-

Zu Punkt 9 Landeszuschuss für plusKITAs gemäß § 45 in Verbindung mit § 44 Kinderbildungsgesetz (KiBiz)

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9913/2020-2025

Ein Ranking von insgesamt 215 Kitas wurde erstellt, das sich auf verschiedene Belastungsfaktoren stützt. Dieses Ranking dient als Grundlage für die Verteilung der finanziellen Mittel an die Kitas. Von den 215 Kitas erhalten aufgrund der Belastungsfaktoren 67 Kitas Mittel.

Sollte eine Kita die erforderlichen Kriterien zur Elternbeitragsbefreiung nicht erfüllen, wird keine Rückzahlung an das Land erfolgen, sondern die nächsten Kitas rücken im Ranking nach.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

1. **Der Jugendhilfeausschuss beschließt die in der Begründung dargestellten Auswahlkriterien für plusKITAs.**

2. **Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Anerkennung der in der Anlage (die Bestandteil dieser Vorlage ist) genannten Kindertageseinrichtungen als plusKITA. Die Anerkennung für die beiden neuen Einrichtungen Kita Kinderhaus Wunderland (Brackwede) und Kita Schatztruhe (Hillegossen) steht unter dem Vorbehalt, dass diese Kitas nach Abschluss des Platzvergabeverfahrens die prognostizierten Voraussetzungen für eine plusKITA auch tatsächlich erfüllen.**

3. **Die Verwaltung wird beauftragt, den nach Ziff. 2. anerkannten Kindertageseinrichtungen die in der Anlage genannten Förderbeträge zu gewähren.**

4. **Der Anerkennungszeitraum nach Ziff. 2. und der Förderzeitraum nach Ziff. 3. beginnen am 01.08.2025 (Beginn des Kita-Jahres 2025/2026) und enden spätestens nach Ablauf von fünf Jahren am 31.07.2030 (Ende des Kita-Jahres 2029/2030). Die Anerkennung und die Förderung der plusKITAs enden vorzeitig automatisch zum Zeitpunkt des Inkrafttretens oder Wirksamwerdens einer gesetzlichen oder außergesetzlichen Neuregelung des Landes bezüglich der plusKITAs.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10 Planungs- und Umsetzungsstand der neuen Kita-Standorte in Bielefeld

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9990/2020-2025

Das Gremium nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Ergänzend stellt die Verwaltung auf Nachfrage klar, dass sich auch die Kita Werksgarten im Bezirk Mitte befindet. Die Einrichtung liegt auf dem Gelände der Stadtwerke. Es handelt sich um eine neue, eigenständige Kita neben der bestehenden Kita Stadtmitte.

-.-.-

Zu Punkt 11 Vorbereitung der Vertragsperiode ab 2026 der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen - aktueller Sachstand

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9911/2020-2025

Vorsitzende Frau Weißenfeld teilt mit, dass zwei Schreiben als Tischvorlage vorliegen. Es handelt sich um ein Empfehlungsschreiben der Fachstelle „Queere Jugendarbeit NRW“ und um eine Stellungnahme des

Fachbeirats für Mädchenarbeit vor. Beide Schreiben werden dem Gremium zur Kenntnis gegeben.

Das Gremium teilt mit, dass es die Problemanzeigen aus den Bereichen „OKJA“ und „Erziehungs- und Familienberatung“ einsehen möchte, da es dort besondere Herausforderungen gibt, und bittet um Offenlegung dieser Informationen.
Erster Beigeordneter Herr Nürnberger sagt eine vertrauliche Übersendung an die Ausschussvorsitzende und an die jugendpolitischen Sprecher*innen zu. Außerdem schlägt er ein Gespräch zwischen Politik und Verwaltung vor, um hierüber zu sprechen.

Vorsitzende Frau Weißenfeld teilt mit, dass dieses Angebot angenommen wird und alle gespannt auf den Verlauf und Stand der Gespräche sind.

Herr Kuhlmann stimmt zu und hebt die Bedeutung eines trialogischen Verfahrens auf Augenhöhe hervor. Gleichzeitig äußert er sich kritisch. Er betont den ambitionierten Zeitplan, den Handlungsdruck und die Notwendigkeit, das Verfahren zu hinterfragen, um die Probleme effektiv anzugehen.

Frau Hopster betont die Wichtigkeit von Gelassenheit und Zusammenarbeit, indem Dinge gemeinsam entwickelt und wachstumsorientiert angegangen werden. Vertrauen und eine offene Zusammenarbeit sind zentrale Elemente, um Fortschritte zu erzielen.

Vorsitzende Frau Weißenfeld weist darauf hin, dass im Sommer entschieden werden muss. Frau Häckel bedankt sich für die Vorlage und geht auf den Aspekt ein, dass immer mehr Ressourcen in individuelle Hilfen investiert werden. Weiterhin weist sie darauf hin, dass ein Sonderbudget von 220.000 Euro jährlich für Sachkostenförderung zur Verfügung gestellt wird, dennoch herrscht Unsicherheit bezüglich der Gesamtplanung in der Kinder- und Jugendarbeit.

Frau Bülter spricht sich für einen gesamtplanerischen Prozess aus und weist auf das Ziel hin, trägerübergreifend Synergieeffekte zu schaffen.

Das Gremium nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Vorsitzende Frau Weißenfeld weist darauf hin, dass am 02.07.2025 die nächste Sitzung stattfindet und auch eine Sondersitzung mit dem Sozial- und Gesundheitsausschuss stattfinden soll.

-.-.-

Zu Punkt 12 Erst-, Umbau- oder Ersatzausstattung für Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Stadtteileinrichtungen und Stadtteilzentren

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9992/2020-2025

Vorsitzende Frau Weißenfeld führt in die Verwaltungsvorlage ein. Vorgeschlagen wird, im Rahmen der Haushaltskonsolidierung die Mittel für

größere Beschaffungsmaßnahmen im Jugendhilfebereich im Jahr 2025 einmalig von 500.000 € auf 250.000 € zu kürzen.

Frau Wend ist der Ansicht es sei besser, an einzelnen Beschaffungen zu sparen als Kürzungen im Bereich der pädagogischen Arbeit vorzunehmen. Sie verbindet ihre Zustimmung mit der Hoffnung, dass sich die Haushaltslage im kommenden Jahr entspannen werde und dies eine einmalige Maßnahme bleibe.

Herr Müller äußert sich zu dem Antrag mit einem Zitat von Bloch: „Da es nicht für alle reicht, springen die Armen ein.“ Dabei treffe es nicht die Träger, sondern vor allem die Kinder und Jugendlichen. Er warnt davor, dass die armen Bevölkerungsgruppen am meisten von den Einschnitten betroffen sein werden, da sie sich nicht wehren können.

Herr Görtz kritisiert den Vorschlag und erklärt, dass er dem Antrag nicht zustimmen werde. Er sieht die Einsparungen nicht als den einzig richtigen Weg. Stattdessen schlägt er vor, an anderen Stellen im Haushalt einzusparen oder auch die Einnahmenseite des Haushalts zu überprüfen.

Frau Hopster betont, dass es sich bei den angesprochenen Einsparungen nicht um „nice to have“-Maßnahmen handelt. Die Anträge beinhalten Dinge, die über viele Jahre hinweg notwendig waren, insbesondere Ersatzbeschaffungen.

Herr Langeworth erklärt, dass der Arbeitskreis die aktuelle Lage diskutiert habe. Die vorgeschlagenen Maßnahmen seien durchaus vertretbar, auch wenn sie nicht allen Wünschen entsprechen. Er verweist auf konkrete Punkte wie ein neues Klingelsystem, den Rasenmäher und die Beleuchtung, die Fragen aufwerfen.

Herr Kohlhase erklärt, dem Vorschlag letztlich zuzustimmen, da er als das „kleinste Übel“ angesehen werde. Kürzungen im Sozialbereich seien leider nicht zu vermeiden.
Erster Beigeordneter Nürnberger berichtet, dass die Haushaltssperre mit dem heutigen Tag aufgehoben sei. Es seien Einsparungen von insgesamt 37 Mio. € zu erzielen, wobei bisher aber nur eine Einsparung von 16 Mio. € erreicht worden sei. Der Haushaltsdruck besteht nach wie vor. Es wird betont, dass in den letzten Jahren keine Kürzungen im Sozialbereich vorgenommen wurden. Weiterhin wird er in den Bereichen Kitas, Grundsicherung im Alter und Erziehungshilfen keine Kürzung vornehmen und verweist auf die Auswirkungen, wenn beispielsweise die EZB die Zinsen senkt, was helfen könnte, die Haushaltslage zu entspannen.

Weiterhin wird betont, dass es gewisse Rahmenbedingungen für die Einsparungen gebe, in denen man sich bewegen müsse.

Vorsitzende Frau Weißenfeld stellt klar, dass das ursprünglich bereitgestellte Budget ausdrücklich für Großanschaffungen gedacht war, wie zum Beispiel Küchen oder Möbel – Investitionen, die die Träger allein nicht finanzieren können. In der Zwischenzeit sind jedoch vermehrt kleinere Positionen auf der Liste gelandet. Diese Entwicklung sei toleriert worden, da die Sachkosten bei den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen begrenzt seien.
Vorsitzende Frau Weißenfeld macht deutlich, dass beispielsweise das

Ausbleiben einer neuen Klingel bei einem relativ neuen Gebäude keinesfalls bedeutet, bei den Ärmsten zu sparen.
Sie antwortet auf Nachfrage aus dem Gremium, dass nicht mit allen Trägern gesprochen wurde, deren Anträge abgelehnt wurden. Sie plädiert dafür, heute eine Entscheidung zu treffen.

Zuerst stimmt das Gremium über den Änderungsantrag zu **TOP 12.1** ab.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

1. **Für das Jahr 2025 werden aus dem Budget des Amtes für Jugend und Familie – Jugendamt – Mittel für Maßnahmen der Erst-, Umbau- oder Ersatzausstattungen für Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Stadtteileinrichtungen und Stadtteilzentren in Höhe von insgesamt 249.357,12 € gewährt.**

2. **Die Aufteilung des Gesamtbetrags von 249.357,12 € auf die einzelnen Träger, Einrichtungen und Zwecke und damit die Einzelbewilligungen ergeben sich aus der beigefügten Anlage 1.**

3. **Die übrigen Anträge für das Jahr 2025, die in der beigefügten Anlage 2 dargestellt sind, werden abgelehnt.**

- mit Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen -

7 dafür
6 dagegen
1 Enthaltung

-.-.-

Zu Punkt 12.1 Erst-, Umbau- oder Ersatzausstattung für Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Stadtteileinrichtungen und Stadtteilzentren - Antrag des Bielefelder Jugendrings (BJR) und der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtverbände (AGW) vom 28.04.2025

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 10060/2020-2025

Die Beratung erfolgt unter TOP 12.

Sodann ergeht folgender:

Beschluss:

Es werden im Jahr 2025 alle Anträge für investive Beschaffungen bewilligt mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 453.703,66 Euro.

- mit Mehrheit bei einer Enthaltung abgelehnt -

6 dafür
7 dagegen
1 Enthaltung

-.-.-

Zu Punkt 13 Kindertagespflege in Bielefeld - 2 Lesung

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9639/2020-2025

Die Tischvorlage zur Stellungnahme der Tagesmütter (Tamubi) liegt dem Gremium vor. Herr Kohlhase bittet die Verwaltung, hierzu Stellung zu nehmen. Die Verwaltung sagt zu in der nächsten Sitzung eine erneute Stellungnahme vorzustellen.

2. Lesung

-.-.-

Zu Punkt 14 Nachfragen und Informationen zu noch offenen Beschlüssen und Ausblick auf die nächste Sitzung

Für die 48. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 02.07.2025 kündigt Frau Bülter folgende Themen an:

- Kommunales Konfliktmanagement (170)
- Baby-Klappe (095)
- Problemanzeigen LuF (095/540)
- Kinder- und Jugendschutzstelle (510.4)
- Maßnahmenkatalog städt. Kitas (510.5)
- Neue Rahmenrichtlinien Mädchenarbeit (510.61)
- Jungenbericht (510.61)
- Geschäftsordnung AG 78 (510.61)
- Inanspruchnahme Familienbüro/Familienportal (510.62)
- Verfahrenslotsen (510.62)
- Verlagerung und Trägerschaft Kita Epiphanienweg (510.12)
- Trägerschaft Kita Arminstraße (510.12)
- Neue Kita-Träger – Verfahren und Kriterien (510.1)

Herrn Runge und Frau Jakubi wird für ihre Mitarbeit gedankt, und es werde ihnen alles Gute für die Zukunft gewünscht.

Vorsitzende Frau Weißenfeld schließt die öffentliche Sitzung um 18:35 Uhr.

-.-.-

gez. Regine Weißenfeld
Vorsitzende

gez. Jana Büscher
Schriftführung